

II-10810 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5428 IJ

1990-04-25

A N F R A G E

der Abgeordneten Mag. Guggenberger, Dr. Müller, Weinberger, Strobl
und Genossen
an den Bundesminister für Justiz
betreffend Novellierung des § 42 StGB

Durch das Strafrechtsänderungsgesetz 1987 erfolgte eine Neuformulierung
des § 42 StGB, die nun dem Staatsanwalt bei Bagatellstrafaten das Recht
auf Strafverfolgungsverzicht einräumt.

Jüngste Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes haben die Anwendung des
§ 42 StGB wieder stark eingeschränkt. Gegen die ursprüngliche Intention
des Gesetzgebers werden Bagatelldelikte, wie Kaufhausdiebstahl, Zeitungs-
diebstahl usw., von der Staatsanwaltschaft wieder strafrechtlich verfolgt.
In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an den
Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e:

Sind Sie bereit, entgegen der Rechtsprechung des OGH den ursprünglichen
Intentionen des § 42 StGB durch eine Gesetzesänderung wieder zum Durch-
bruch zu verhelfen ?